

BUCHBESPRECHUNGEN

- Backes, Uwe/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2011* (Harald Bergsdorf)..... 359
- Reinhardt, Volker: *Machiavelli oder die Kunst der Macht* (Alois Riklin)..... 361
- Robertson-von Trotha, Caroline Y. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts ›Mitte‹?* (Tom Mannewitz)..... 362
- Thaa, Winfried: *Politisches Handeln: Demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Hannah Arendt* (Linda Sauer)..... 364
- Wesley-Smith, Terence/Edgar A. Porter (eds.): *China in Oceania – Reshaping the Pacific?* (Andreas Holtz)..... 366
- Voegelin, Eric: *Die Natur des Rechts* (Harald Bergbauer)..... 368

Uwe BACKES/Alexander GALLUS/Eckhard JESSE (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 23. Jahrgang, Baden-Baden, Nomos 2011, 535 Seiten, 49 €

Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts agitieren und agieren Fanatiker gegen die Demokratie. Menschenrechte und Parteienpluralismus sind offenbar keine Selbstläufer. Deshalb bleibt es wichtig, die vielfältigen Anfechtungen der Demokratie systematisch und kontinuierlich zu analysieren. Dem widmet sich das *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, dessen 23. Jahrgang jüngst erschien. Darin untersucht Eckhard Jesse, Hauptbegründer der bundesdeutschen Extremismusforschung, Funktion, Bedeutung, Gestalt und Gestaltwandel von Feindbildern im Extremismus und Totalitarismus

– bereits Erich Mielke betonte, wie wichtig ein »Feindbild« sei, wie bedeutsam es für die SED, ihr MfS und seine Zuträger sei, den »kapitalistischen Feind ... zu hassen«.

Mit ihren Feindbildern wollen Extremisten für die eigene Ideologie mobilisieren, »Sündenböcke« identifizieren, Komplexität rigoros reduzieren, Bedrohungsgefühle steigern, moralische Hemmschwellen senken und den Zusammenhalt ihrer Gruppierung oder Partei stärken – nach innen und außen. Primär richtet sich das Feindbild-Denken von Extremisten aller oder einzelner Richtungen gegen Juden, Christen, Muslime, Demokraten, Behinderte, Migranten, »Kapitalisten«, Homosexuelle, US-Amerika, Israel u.v.m.

Im Feindbild-Denken der NPD hat der Antikommunismus zuletzt massiv an Bedeutung verloren und der Antiamerikanismus massiv an Bedeutung gewonnen. Die SED-Diktatur gilt in NPD-Kreisen inzwischen sogar als das deutschere Deutschland und damit teilweise sogar als vorbildlich, unter anderem wegen der geringen Migranten- und Judenquote in der DDR sowie der Kirchen-, Israel- und USA-Feindlichkeit der SED. Besonders ambivalent ist das Verhältnis der NPD zum Islam: Einerseits wachsen islamophobe Tendenzen in der NPD, die als Sammelbecken von schlecht integrierten Deutschen fungiert. Andererseits meint die antisemitische NPD, »der« Islam helfe ihr, das zu verhindern, was sie massiv ablehnt, weil es ihrem antimuslimischen Feindbild widerspricht: Integration von Muslimen. Die Massensterbe vom 11. September 2001 gelten der NPD – gemäß ihrem antiamerikanischen Feindbild – als »Inszenierungen« und als »sogenannte islamistische Anschläge«.

Ein weiteres Feindbild, den »Kapitalismus«, teilt die NPD, zumindest ansatzweise, mit der Linkspartei, die wie ein »antikapitalistisches Bollwerk operiert. Im krassen Kontrast zur Theorie von Marx und zur kommunistischen Praxis hat der »Kapitalismus« die »Verelendung« der großen Mehrheit massiv verringert, nicht erhöht – gerade in Deutschland durch Demokratie und Soziale Marktwirtschaft. Zumindest lebt die große Mehrheit heute unter wesentlich besseren Bedingungen

als im 19. Jahrhundert. Das unterstreichen der rapide gestiegene Lebensstandard der großen Mehrheit, die verbesserte Gesundheitsversorgung, die verbesserten Arbeitsbedingungen, die stark gesunkene Lebensarbeitszeit (durchschnittlich nur noch rund 10% von der gesamten Lebenszeit) und die erheblich gestiegene Lebenserwartung. Solche sozialen Fortschritte – gerade auch wegen der Technisierung – können gläubige Marxisten und andere Ideologen freilich kaum beeindrucken. Für sie ist der »Kapitalismus« unreformierbar. Reformismus ist für sie sogar ein Schimpfwort. Deshalb wandelte sich in den 1960er Jahren die Stoßrichtung der Kritik am Feindbild »Kapitalismus«. Nun hieß es, der »Kapitalismus« biete den »Massen« nicht zu wenig, sondern zu viel an Konsum und gehöre deshalb abgeschafft. So wettete Herbert Marcuse gegen westliche »Überflusgesellschaften« und »Konsumterror«. Unterdessen festigte die SED in der DDR ihre neue Klassen- und Mangelgesellschaft. Diese unterschied bei der Zuteilung von knappen Waren, Dienstleistungen und Chancen zwischen systemnahen und systemfernen Bürgern, die aus ihrer Sicht eher Untertanen waren.

Um ihre Feindbilder zu pflegen, brauchen Extremisten neben der Demokratie ihre extremistischen Antipoden – auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität, wie Jesse darlegt. Da Extremisten in der Regel kompromissfeindlich gestrickt sind, suchen und finden sie aber auch in den eigenen Reihen immer wieder Feindbilder. Im Linksextremismus befehlen sich zum Beispiel Antiimperialisten und Antideutsche – Antideutsche beweisen nach der Hitlerei einerseits Empathie für Israel und das Judentum, pflegen andererseits aber eine Art antideutschen Rassismus, der sich letztlich auch gegen sie selbst richtet, da sie in ihrer großen Mehrzahl deutsche Staatsangehörige sind. Anders als Extremisten sollte der demokratische Verfassungsstaat, wie Jesse mahnt, »ohne Feindbilder auskommen«. Feinde der Demokratie verdienen härteste Gegenwehr, ohne deshalb, so Jesse, im Rechtsstaat vogelfrei zu sein, wie Links- oder Rechtsextremisten meinen.

Der weltoffene und diskussionsfreudige Geist, der das Jahrbuch durchweht, zeigt sich gerade auch in der Rubrik »Forum«, die sehr unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen lässt. Im aktuellen Forum äußern sich Vertreter von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und Linkspartei (Ulla Jelpke) zum Streit über die Frage, warum das Bundesfa-

milienministerium seit 2010 von seinen Fördergeldnehmern verlangt, sich per Unterschrift ausdrücklich zur Demokratie zu bekennen und minimalinvasiv zu prüfen, ob Partner keine Extremisten sind – das nennen Kritiker »Gesinnungsschnüffelei«. Tatsächlich engagieren sich immer wieder auch Nichtdemokraten gegen einzelne Extremismen. Hier kann die »Demokratiemerkel« helfen, für Demokratietreue zu sensibilisieren, damit weniger Antidemokraten von knappen Steuergeldern profitieren – direkt oder indirekt. Wie zurückhaltend die Merkel dabei ausgerichtet ist, zeigt schon ihre Bereitschaft, auch die »Linke« nicht pauschal von einer Kooperation gegen Rechtsextremisten auszuschließen.

Ein Bekenntnis zur Demokratie Leuten abzuverlangen, die von Steuergeldern profitieren, ist grundsätzlich auch keine neue Praxis, sondern gibt es bereits seit längerer Zeit in vielfältiger Weise in Deutschland – und zwar ohne nennenswerte Kritik daran. Dass Kritik an der Demokratie-Merkel heuer freilich so heftig ausfällt, liegt wohl wesentlich an ihrer Weigerung, Linksextremismus zu ignorieren. Doch je mehr Demokraten und je weniger (gewalttätige) Extremisten sich gegen Extremismus engagieren, desto glaubwürdiger, weniger abschreckend und damit wirksamer kann ein solches Engagement sein. Möglicherweise animiert ein solches Engagement durch seine gesteigerte Glaubwürdigkeit weitere Demokraten, sich gegen Rassismus und andere Arten von Extremismus zu engagieren. Das wäre eine gute Nachricht für die Demokratie und eine schlechte für ihre Gegner oder Feinde. Eine andere Frage ist, wie wirksam eine solche Unterschrift sein kann. Denn auch »antikapitalistische« Extremisten folgen gern dem Satz »*pecunia non olet*«.

Schließlich rezensiert das Jahrbuch jüngste Literatur. Darunter befinden sich – in der Rubrik »Kontroversen besprochen« – vier Rezensionen von Thilo Sarrazins Bestseller *Deutschland schafft sich ab*. Über erhebliche Integrationsprobleme und -verweigerung zu diskutieren und sie mit gelassener Entschlossenheit zu bekämpfen, bleibt tatsächlich eine Megaaufgabe, wie gerade auch »kleine Leute« und gut integrierte Migranten meinen. Genau solche Integrationserfolge vernachlässigt Sarrazin in seinem Buch, etwa die langsam steigenden Bildungserfolge junger Türken. Ebenso übergeht er fast vollständig die Bedeutung von Migranten für viele Branchen und für das gesamte

Gemeinwesen. In seinem Buch offenbart er stattdessen immer wieder seinen Berliner Tunnelblick – in Stuttgart, München und anderswo ist die Lage oft weniger problematisch, unter anderem deshalb, weil es dort viel bessere Bildungs- und Beschäftigungschancen gerade auch für Migranten gibt. Viele Migranten bereichern Deutschland – materiell, aber auch immateriell. Durch sie lässt sich unter anderem Respekt vor Religion, Familiensinn, Kinderfreundlichkeit und Gastfreundschaft (neu) lernen. Um wie viel ärmer wäre Deutschland ohne afrikanische Nonnen, türkische Kioskbetreiber und Intellektuelle, brasilianische Fußballspieler, italienische Pizzabäcker und Eisdielenbesitzer, japanische Opernsänger, kroatische Krankenschwestern, ägyptische Altenpflegerinnen u. v. m.?

Erneut liefert das Jahrbuch viel sachliche und sachkundige Information, viel tiefeschürfende Analyse, viel Aufklärung, viel fundierten Diskussionsstoff – für Wissenschaftler, Journalisten, Mitarbeiter von einschlägigen Behörden, Lehrer, Engagierte in der demokratischen Zivilgesellschaft und weitere Interessierte. Auch der 23. Jahrgang des Jahrbuchs fungiert – in bewegten Zeiten wie diesen – als Seismograph und Kompass für Debatten über Extremismus und Demokratie in Deutschland und anderswo.

Harald Bergsdorf

Volker REINHARDT: *Machiavelli oder die Kunst der Macht*, München, Verlag C. H. Beck 2012, 400 Seiten. 24,95 €

Gerecht werde man Niccolò Machiavelli nur, wenn man ihn aus seiner eigenen Gegenwart heraus verstehe: als einen brillanten intellektuellen Aussenseiter, der Heilmittel gegen die Krisen seiner Zeit suchte. Demzufolge sei es verfehlt, den Florentiner Staatssekretär, Diplomaten, Machtanalytiker und Literaten im Guten oder im Bösen als politischen Lehrmeister für alle Zeiten aufzubauchen. Dies ist der Tenor der neusten Machiavelli-Biografie aus der Feder von Volker Reinhardt, Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Freiburg/Schweiz und ausgewiesener Kenner der italienischen Renaissance. Zuvor hat er bereits Biografien über die beiden intellektuellen Weggefährten Machiavellis, Francesco Guicciar-

dini und Francesco Vettori, verfasst sowie über Alexander VI. und Michelangelo.

Die Literatur über Machiavelli ist Legion. Viele glauben ihn zu kennen, wenn sie den *Principe* und die *Discorsi* und vielleicht noch einige Fragmente aus der *Istorie Fiorentine* und dem umfangreichen Briefwechsel gelesen haben. Nicht so Reinhardt! Seine Biografie stützt sich auf alle überlieferten Schriften bis hin zu den literarischen mit ihrem politischen Hintersinn. Die in die Realgeschichte verwobene souveräne Beherrschung sämtlicher Quellen ist gepaart mit der ebenso souveränen, aber unschädlichen Ausblendung fast der gesamten Sekundärliteratur.

Als schonungsloser Beobachter der Mächtigen steht Reinhardt seinem Gewährsmann in nichts nach. Er kritisiert den unentschlossenen Wankelmüt der Florentiner Republikaner, und die Medici bezichtigt er der trickreichen Verfolgung ihrer Privatinteressen. Ob Banker, Kardinäle oder Päpste, in einem gewagten Vergleich nennt Reinhardt den jeweiligen obersten Boss des Medici-Clans »Pate« und dessen Klientel »Cosa Nostra«. Aber auch der angebliche Realist Machiavelli bleibt seiner Illusionen wegen nicht ungeschoren: der legenden gläubigen Glorifizierung der Römischen Republik, der Falscheinschätzung von Julius II., dem ständigen illusionären Hoffen auf Frankreich oder der Prophezeiung des baldigen Untergangs der Republik Venedig. Selbstkritik war nicht die Stärke des Meisterdenkers.

Dass Machiavelli in der Wahrnehmung seiner eigenen Interessen blind war, darf man ihm nicht zum Vorwurf machen. Zu Recht charakterisiert ihn Reinhardt als notorischen Provokateur. Ohne Rücksicht auf eigene Verluste tat er kund, was immer er für richtig hielt. Es war ein starkes Stück, den vornehmen Medici-Herren ausgerechnet Cesare Borgia als Vorbild zu empfehlen, den unehelichen Sohn von Papst Alexander VI. und skrupellosesten Gangster seiner Zeit, der wie sie durch Glück, Gewalt und Protektion an die Macht gelangt war. Tollkühn riet er ihnen später, in Florenz die Basis einer wohlgeordneten Republik zu legen und sich danach aus der Geschichte abzumelden. Schliesslich war Machiavelli sowohl den Republikanern als auch den Medici suspekt. »Meine Armut ist Zeuge meiner Treue und Redlichkeit«, hatte der Kaltgestellte schon früher gejamert.

Fragwürdig scheint mir in Reinhardts Analyse die amoralische Zuspitzung. Hält Machiavelli den

Erfolg tatsächlich für das Maß *aller* Dinge? Oder postuliert er den Erfolg nur als Maß der Politik? Sie ist im Sinne Machiavellis durchaus nicht der einzig begehrenswerte Lebensinhalt für jedermann. Schreibt er doch selbst, wer ein Christ, ja wer überhaupt ein Mensch bleiben wolle, der solle die Politik fliehen und lieber im Schatten des Bürgerstandes leben (*Discorsi* I/26).

Behauptet Machiavelli den absoluten Gegensatz von Moral und Politik? Das ist übertrieben. Selbst in den schlimmsten Kapiteln des *Principe* kann man lesen, der Fürst müsse Gutes tun, soweit möglich, und Böses, sofern notwendig. Er müsse je nach Lage der Dinge wohlütig oder grausam, menschlich oder tierisch sein. Mild, treu, menschlich, aufrichtig und fromm soll er scheinen *und auch sein*, aber allzeit bereit, dies alles, wenn notwendig, ins Gegenteil zu wenden (*Principe* XVIII). Oft bleibt in der Politik nur die Wahl zwischen dem größeren und dem kleineren Übel. Machiavelli kennt sehr wohl den Grundsatz, das kleinere Übel zu wählen (*Principe* XXI). Wenn List oder Betrug genügt, verzichte man auf Gewalt. Und wenn Gewalt unumgänglich ist, soll man sie rechtzeitig gegen wenige anwenden, um sie nicht später gegen viele einsetzen zu müssen.

Ist gemäß Machiavelli tatsächlich das Ziel des Staates der Krieg? Oder ist im Sinne Machiavellis das Ziel des Staates die größtmögliche Macht? Machiavelli bevorzugte die Republik gegenüber dem Prinzipat und die expansive Republik gegenüber der nichtexpansiven. Von der Gleichgewichtspolitik hielt er in der Zeit nach Lorenzo il Magnifico wenig. Machterhalt verlangt nach Machterweiterung. Dafür ist der Krieg nicht das einzige, sondern das letzte Mittel. Wenn aber die kriegerische Expansion nicht möglich ist, empfahl Machiavelli den föderalen Zusammenschluss mehrerer Republiken (*Discorsi* II/4).

Machiavelli ist zu Gute zu halten, dass er sich niemals dazu hergab, die Grenze zwischen Gut und Böse zu verwischen und unmoralisches Verhalten unter dem gefälligen Deckmantel der Weber'schen Verantwortungsethik zu kaschieren. Betrug, Wortbruch, Vertragsbruch, Grausamkeit, Gewalt und Mord sind und bleiben unmoralisch, unehrenhaft, unchristlich, unmenschlich, tierisch. Ob Republik oder Prinzipat, immer muss das Gemeinwohl die oberste Richtschnur sein. Das ethische Problem hinter allen moralischen und unmoralischen Ratschlägen Machiavellis ist letztlich sein

Verständnis von Gemeinwohl. Es ist gleichbedeutend mit bedingungslosem Patriotismus, mit der Staatsräson als dem höchstem Wert, und dies immer bezogen auf Florenz. Richtig ist allemal, was der grösstmöglichen Macht von Florenz dient. In der *Istorie Fiorentine* lobte Machiavelli die acht Florentiner Capitani im Krieg gegen den Papst, weil sie bereit waren, ihr Seelenheil für das Vaterland zu opfern. Und kurz vor seinem Tod schrieb er über sich selbst: »Ich liebe mein Vaterland mehr als meine Seele.«

Trotz der Überbetonung der Amoralität ist Reinhardts *Machiavelli* inhaltlich ein Lesegewinn und sprachlich ein Lesegenuss. Im Vergleich mit den Vorläufern ist die Biografie von Volker Reinhardt die spannendste.

Alois Riklin

Caroline Y. ROBERTSON-VON TROTHA (Hg.), *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts ›Mitte‹? Baden-Baden, Nomos 2011, 188 Seiten, 26 €*

Wer vom »Extremismus der Mitte« spricht, stiftet häufig (wider Willen) Unklarheit, denn eine Mitte ist immer relativ. Unweigerlich muss sich die Frage nach dem Bezugssystem anschließen: Sind es Verfassungsformen, die von der demokratisch-konstitutionellen Mitte zum antidemokratischen Extremismus reichen? Sind es sozioökonomische Schichten einer Gesellschaft, die den »Superreichen« ebenso umfassen wie das »Prekariat«? Der Gebrauch des Terms »Extremismus der Mitte« hat in der Vergangenheit für Furore gesorgt – Hauptkritik war meist, dass der Extremismusbegriff derart überstrapaziert werde, dass er ein verzerrtes, da überdimensioniertes Bild des gesellschaftlichen Rechtsextremismus liefere.

Der von Caroline Y. Robertson-von Trotha herausgegebene Sammelband, aus den 13. Karlsruher Gesprächen entstanden, spielt mit dieser Mehrdeutigkeit des »Extremismus der Mitte« in seinem Titel. Ziel des Bandes sei es, »interdisziplinäre Perspektiven auf die aktuelle Situation in Deutschland und Europa« (S. 9) anzubieten und nach Trends, Grundstrukturen, Ursachen sowie Rekrutierungsmethoden (vgl. S. 9) zu fragen. Wie die meisten Sammelbände, die aus Symposien und dergleichen hervorgehen, ist auch dieser recht heterogen angelegt: In vier Teilschnitten lassen sich

die 13 Aufsätze – exklusive Einleitung – untergliedern.

Der erste Part widmet sich »Grundstrukturen, Entwicklungen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus«. Der Beitrag Wilhelm Heitmeyers fragt nach den Ursachen und Wechselwirkungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), bleibt allerdings sehr allgemein, verliert sich in hochabstrakten Begriffen. Die zentrale Erkenntnis – gesellschaftliche Desintegrationstendenzen verursachten rechtsextremistische und -populistische Orientierungen – ist kein Novum. Auch die beiden folgenden Aufsätze zum Zusammenhang von Fremdenfeindlichkeit und dem Erstarken von Rechtsaußenparteien (Jens Rydgren) sowie zu den Unterschieden des Rechtsextremismus »der Mitte« und »des Rands« (Birgit Rommelspacher) haben keine bahnbrechenden Ergebnisse vorzuweisen, bleiben bei der bloßen Feststellung der Zusammenhänge bzw. Unterschiede stecken. Die Kritik der Überdehnung des Rechts extremismusbegriffs trifft für den letztgenannten Aufsatz besonders zu, wenn der »Rechtsextremismus der Mitte« beispielsweise mit »hierarchischen Selbstinteressen« (S. 50) der Mehrheit der Gesellschaft begründet wird. Unbewusst stützt Rommelspacher das Konzept der Ambiguitätstoleranz, an deren Defizit Extremisten zu erkennen sind, denn sie sehen Einwanderer und Flüchtlinge ausschließlich als Bedrohung, begegnen ihnen exklusiv mit Vorurteilen, Abwertung und Anfeindung, während die Mehrheit der Gesellschaft Ausländern ambivalent gegenübersteht: Die Anerkennung universeller Menschenrechte, die Ablehnung rechtsextremistischen Gedankenguts und die Akzeptanz von Weltoffenheit und Globalisierung prallen auf Ängste, Vorurteile und Stereotype. Rommelspachers Zuordnung dieser mehrdeutigen Ansichten zum Rechtsextremismus ist über den Verdacht der Begriffsüberfrachtung nicht erhaben.

Unter den Aufsätzen des ersten Abschnitts stehen die Beiträge Rudolf von Hüllens und Britta Schellenbergs zu Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen angesichts jüngerer Entwicklungen (Erweiterung des rechtsextremistischen Themenspektrums um die »soziale Frage«, Legalitätstaktik) positiv hervor, schaffen sie es doch »komplexe Themen einem breiten, allgemein interessierten Publikum« (S. 9) zugänglich zu machen und damit dem Anspruch des Sammelbands gerecht zu werden.

Anders als der Buchtitel vermuten lässt, fällt der Abschnitt über »Rechtsextremismus auf europäischer Ebene« mit nur zwei Aufsätzen dürftig aus. Volker Weiß' Untersuchung der europäischen Integrationsbemühungen der extremen Rechten zeigt indes, dass die Kürze eines Aufsatzes kein Manko sein muss: Er kommt zu dem Schluss, den Allianzbestrebungen stünden große ideologische Unterschiede im Wege. Jean-Yves Camus kommt in seinem Vergleich des Front National mit den im Aufwind befindlichen rechtspopulistischen Parteien zu dem Ergebnis, es gebe gravierende Unterschiede, denn im Gegensatz zum FN handle es sich bei jenen meist um radikalisierte Parteien mit aus Mainstreamparteien stammendem Führungspersonal. Der FN werde sich vermutlich weiter deraikalisieren, einer – sehr wahrscheinlichen – orthodoxen Abspaltung werde der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit drohen.

Den Zusammenhang »Rechtsextremismus und Jugend« untersuchen lediglich drei Beiträge. Dies ist bedauernswert, weil die lehrreichen Berichte der Autoren der Praxis entstammen. Laut Thomas Pfeiffer habe sich der Rechtsextremismus modernisiert, ziehe mit »Freizeitwert, Lebensgefühl und politische[n] Botschaften« (S. 128) Jugendliche an. Ziel müsse es mithin sein, seine ideologischen Hintergründe zu entlarven und eine »Erlebniswelt Demokratie« (S. 128) aufzubauen. Während Reiner Becker von seinen Erfahrungen mit dem Alltag in Familien mit rechtsextremistischen Jugendlichen im Rahmen des Forschungsprojekts »Ein normales Familienleben« berichtet (dass er von rechten, nicht von rechtsextremistischen Jugendlichen redet, spricht Bände), lässt Cornelia Schmalz-Jacobsen, langjährige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung und stellvertretende Bundesvorsitzende von »Gegen Vergessen – Für Demokratie«, ihre Erfahrungen mit Aussteigerprogrammen einfließen und resümiert (S. 153): »Jeder Ausstieg muss ein Umstieg sein.«

Warum die letzten beiden Aufsätze des Sammelbands zur Rolle der Frau im Rechtsextremismus (Renate Bitzan) und zur Instrumentalisierung des Vereinsfußballs durch Rechtsextremisten unter »Rechtsextreme Handlungs- und Orientierungsmuster« firmieren, erschließt sich nicht – sie hätten ebenso gut dem ersten Abschnitt zugeordnet werden können. Renate Bitzan geht, nachdem sie den Frauenanteil in verschiedenen Dimensionen quantifiziert (wobei deren Abgrenzung un-

scharf ist), der Frage nach, welches Frauenbild im Rechtsextremismus vorherrscht – es sei mehrheitlich »differenz-orientiert« (S. 167). Ronny Blaschke hingegen kommt zum Schluss, der Rechtsextremismus finde im deutschen Vereinsfußball vielfach ein »Einfallstor«, denn hier »bewegt sich sozialpräventive Fanarbeit seit fast drei Jahrzehnten zwischen Rechtfertigungsdruck und Überlebenskampf, überall wird über Finanzierungsprobleme geklagt« (S. 177).

Um das Urteil kurz zu fassen: Entgegen den Hoffnungen, die der Buchtitel weckt, handelt es sich um kein Kompendium mit dem Potential zum Standardwerk. Die 13. Karlsruher Gespräche widmeten sich einem weiten Feld, einem zu weiten Feld womöglich, um einen sinnvollen Sammelband daraus zu entwickeln. Er leidet nicht an Interdisziplinarität, sondern an thematischer Eingrenzung. Ein mit »Rechtsextremismus in Deutschland und Europa« überschriebenes Buch lässt einige hundert Seiten, gar mehrere Bände erwarten – der Leser muss sich mit knapp 190 Seiten begnügen, deren inhaltliche Ergiebigkeit zudem von Autor zu Autor schwankt: Während die Beiträge von Heitmeyer, Rommelspacher und Kohlstruck recht allgemein gehalten sind, wenig Neues enthüllen und bisweilen mit abstrakter Sprache aufwarten, stechen andere Aufsätze, wie die von Schellenberg, Pfeiffer und Blaschke, durch aufschlussreiche Praxiserfahrung bzw. originelle Fragen hervor, denen häufig eine schnörkellos klare Sprache bei der Beantwortung zum Vorteil gereicht. Wer zu einem speziellen Thema aus dem Bereich Rechtsextremismus etwas sucht, könnte in dem Band fündig werden. Wer sich allerdings, wie der Rezensent, einen Panoramablick über den Rechtsextremismus in Europa erhofft, wird enttäuscht sein.

Tom Mannewitz

Winfried THAA: *Politisches Handeln: Demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Hannah Arendt, Baden-Baden, Nomos 2011, 187 Seiten, 19,90 €*

Unter diesem programmatisch betitelten Buch bietet der in Trier lehrende Politikwissenschaftler Winfried Thaa eine vielversprechende, neue Lesart von – ideengeschichtlich betrachtet – denkbar alten Weinen. Doch sind bekanntlich gerade die al-

ten Lagerungen geschmacklich die Komplexesten und aromatisch die Intensivsten. Für die ehrwürdigen Griechen muss dies denn auch in besonderer Weise gelten. Entstammt der Praxisbegriff des Handelns doch dem Ahnenfürsten der abendländischen Politikwissenschaft: Aristoteles – antiker Meisterdenker und intellektueller Virtuose, dessen epistemologische Vielschichtigkeit und empirische Beobachtungsgabe derart signifikant war, dass sich die politische Theorie noch heute inhaltlich an seinen Vorlagen abarbeitet. Ein Faktum, das seine Ursache nicht unbedingt in neuzeitlicher Phantasielosigkeit haben muss, sondern schlicht der thematischen Breite des aristotelischen Werks selbst entspringt. Er war es denn auch, der das politische Handeln primär als die Tätigkeit charakterisierte, die der Mensch in absoluter Freiheit und einer darin gründenden Gleichheit vollzieht, ohne dabei den biologischen Notwendigkeiten von häuslichen (oikonomischen, später ökonomischen) Bewegungsabläufen – als Endlosschleifen der Produktion und Konsumption – unterworfen zu sein. Folglich grenzt sich das Handeln ab vom organischen Prozess des Arbeitens (Erzeugung – Zubereitung – Verzehr) und von der einsamen Schaffenskraft des Herstellens. Denn zum Handeln braucht der Mensch nicht nur die Anwesenheit der Anderen, sondern vor allem auch deren Mitwirkung. Im Handeln ist er daher niemals völlig souverän, sondern gebunden an das Mit-Sein und Mit-Handeln anderer. Der Handlungsverlauf selbst bleibt dabei unabsehbar. Sein Ergebnis ist immer ein vorläufiges.

Hannah Arendt, eine der bedeutendsten Denkerinnen der Nachkriegszeit, hat den aristotelischen Praxisbegriff in ihrem Hauptwerk *Vita activa oder vom tätigen Leben* aufgegriffen und unter dem Eindruck der totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts fortentwickelt. Thaa schließt mit der Fokussierung des Handelns im Raum der Öffentlichkeit an Arendt und an einen normativen Politikbegriff an, der sich jedoch – im Gegensatz zu traditionellen Positionen – weder an der Geschlossenheit kollektiver Identitäten orientieren noch auf die universale Gültigkeit von Wert- und Ordnungsstrukturen zurückgreifen will. Auf originäre Weise knüpft er damit an eine politische Denkungsart, die jenseits von Klassizismus und Neoklassizismus die Verlegenheit der Moderne aufdeckt, dabei jedoch keinen konservativen Deutungshoheiten erliegt. Thaa versucht vielmehr die

Annäherung an einen »Begriff des politischen Handelns«, der »dessen intrinsischen Wert begründen (...) kann, ohne dabei die von Wertpluralismus und Interessenpolitik geprägte Realität zeitgenössischer Demokratien zu verfehlen« (S. 18). Bedingt aber nicht gerade die Heterogenität moderner Gesellschaften ein Zurückstellen normativer Konzepte? Und liegt der Wert des Politischen dann nicht vielmehr in der Verwertbarkeit dessen, was der Macht, dem Einfluss und den führenden Interessen dient? Doch wenn Politik stets dem Machterhalt der Eliten unterworfen ist, wie kann politisches Handeln dann primär frei sein?

Eben diese Antagonismen versucht Thaa unter Bezugnahme »auf einige der derzeit wichtigsten und einflussreichsten politischen Theorien« (S. 7) im Anschluss an Arendt aufzuheben. Als exemplarische Vertreter demokratischer und handlungsorientierter politischer Theorien zieht er u. a. Max Weber, Kari Palonen, Michael Greven, Jürgen Habermas und Chantal Mouffe heran. Doch gehen genannte Autoren höchst unterschiedliche Wege, die sich allesamt vom Arendtschen Modell des Handelns als Ausdruck politischer Freiheit, Spontanität und Kontingenz abgrenzen.

So teilen Weber und Arendt zwar noch die zeitgenössische Skepsis bezüglich der steigenden Ökonomisierung und Technisierung von Kultur und Politik. Doch sucht Weber das »stählerne Gehäuse der Hörigkeit« (zit. Thaa, S. 30), als modernes Räderwerk aus Kapitalismus und Bürokratismus, dem die individuelle Freiheit schrittweise zum Opfer fällt, durch einen herrschaftskategorialen Dezisionismus zu überwinden. Den Wert der Freiheit sieht er vor allem »in den voluntaristischen wertsetzenden Entscheidungen des Individuums« (S. 30), die der Einzelne gegenüber heteronomen Einflussgrößen trifft. Doch zur autonomen Entscheidung sind nur eigenverantwortlich und selbstbestimmt handelnde Personen fähig. Eine solche Kompetenz bildet sich nicht von selbst aus, sondern beruht wesentlich auf Sozialisationsprozessen, die nach Weber wiederum Ergebnis von Machtkämpfen sind. Die *entscheidenden* »soziale(n) Träger freiheitssichernder Dezision« (ebd.) sind dann nicht mehr die Bürger, sondern die politischen und wirtschaftlichen Eliten, die ihre Macht omnipotent durchsetzen können. Doch zerstört nach Arendt gerade die auf formaler Gewalt und ökonomischem Zwang gründende Zu-

stimmung den politischen Raum. In ihm lässt sich aktives und eigenmotiviertes Handeln kaum mehr realisieren.

Demgegenüber versuchen Kari Palonen und Michael Greven Weber »neu« zu denken und seiner herrschaftskategorialen Entscheidungsebene eine »linke« Variante des Dezisionismus (vgl. Thaa, S. 19) entgegenzusetzen. Doch kommen beide trotz des demokratischen Korrektivs nicht über die prinzipiell antipluralistische, für moderne Gesellschaften damit wenig erfolgversprechende Eigenart des Dezisionismus hinaus. Denn eine Handlungstheorie, die sich vornehmlich auf den Willen – sei er der von Einzelpersonen oder der von Gruppen – beruft, wird stets mit dessen (anti)politischer Grundproblematik konfrontiert: dem selbstbezogenen Geltungsanspruch, der das Faktum menschlicher Verschiedenheit nicht anerkennen kann und in seiner Umsetzung letztlich beziehungslos bleibt. Insofern folgert Thaa: »Dezisionistische Theorien sind Machttheorien.« (S. 71). Um sie zu verwirklichen, wird man nicht umhinkommen, den politischen Raum entweder zu homogenisieren oder ihn den jeweils einflussreichsten Entscheidungsträgern zu überlassen.

Auch die deliberative Demokratietheorie Jürgen Habermas', die ursprünglich das von Aristoteles und Arendt exemplifizierte Modell der öffentlichen Interaktion im Sprechen und Handeln aufgreift, kann den Herausforderungen der politischen Heterogenität moderner pluralistischer Gesellschaften nicht gänzlich Genüge leisten. Zu stark rückt bei Habermas die »kooperative Wahrheitssuche« (S. 19) in den Mittelpunkt, die zwar in der Methodik *zwanglos* bleibt und im Anspruch der vernünftigen Übereinkunft freier Bürger gleichsam demokratisch verfährt, in ihrer Zielsetzung dann aber doch dem Druck des bestimmbareren Endergebnisses unterliegt. Selbst der *zwanglose Zwang* des besseren Arguments gebärdet sich dann als (wenn auch kooperativ betriebenes) Problemlösungsverfahren, das sich im Vernunftgebot rationaler Erkenntnis auf seine formale Funktion versteift und dem Handeln den Charakter des Optionalen und Spontanen nimmt.

Chantal Mouffe hingegen wendet sich mit ihrem »agonalen« (S. 128) Demokratiemodell, das in der Tradition von Hobbes und Schmitt steht, explizit gegen jede Form von kognitivistischem Formalismus und konsensorientierter Deliberation. Die handlungsfähige Dynamik sieht sie gerade

nicht im Spannungsfeld der verschiedenen Meinungen, sondern in der sehr viel existentielleren Triebkraft einander feindlich gegenüberstehender Identitäten. Doch führt ihre klassische Freund-Feind-Unterscheidung, mit der sie das Politische nicht als Raum der Freiheit, sondern als Ort des Konflikts, der Konkurrenz und Rivalität verstehen will, in ein wechselseitiges Ausschlussverfahren der oppositionellen Kräfte. Handeln wird dann nicht mehr als kooperatives Unternehmen angesehen, in dem man sich gemeinsam um die öffentlichen Angelegenheiten kümmert, sondern eher als Kampf um die hegemoniale Vormachtstellung und erfolgreiche Behauptung persönlicher Interessen. Der gemeinsame Bezug zur Welt als dem Raum für Politik bleibt ihm damit verschlossen.

Thaas Rückbezug zum klassischen Praxisbegriff, der dem Politischen seinen Eigenwert behaupten und ihn aus den Abhängigkeiten von ökonomischen und hegemonialen Zwängen entbinden lässt, wird in der Neuzeit gerne als realitätsfern oder rückwärtsgewandt bezeichnet; sind es hier doch vor allem die Kategorien des zweckmäßigen Funktionalismus und der wirtschaftlichen Effizienz, an denen der Wert des Politischen gemessen wird. Dabei bereitet nach Aristoteles gerade der Selbstwertcharakter des Handelns den Raum für Politik, denn: der »Instrumentalisierung durch vorpolitische Zwecke« kann das Politische nur entgehen, indem es sich die »Freiheit und Optimalität« (S. 18) des Handelns offen hält. Und eben dies vermag Thaa in seinen demokratietheoretischen Überlegungen in Anschluss an Hannah Arendt überzeugend darzustellen.

Alte Weine entfalten durch neue Schläuche bisweilen erst ihren vollen Geschmack!

Linda Sauer

Terence WESLEY-SMITH/Edgar A. PORTER (eds.) (2010): *China in Oceania – Reshaping the Pacific?*, New York/Oxford, Berghahn Books 2010, 228 S., 39,95 US\$

Das Auftauchen Chinas in den Staaten des globalen Südens ist ein zunehmendes Phänomen. Ebenso sehr wird es in der deutschen Regionalwissenschaft beachtet. China in Lateinamerika oder in Afrika füllt Bücher, Aufsätze, Working Paper und mitunter auch Hörsäle. Dass die Volksrepublik auch in Ozeanien immer bedeutender wird, wurde

hierzulande bislang kaum wahrgenommen. Dabei umfasst Ozeanien rund ein Drittel der Erdoberfläche und verfügt über mannigfache maritime und nicht-maritime Ressourcen. Darüber hinaus werden auch die Interessen Australiens und der USA durch Pekings Einflussnahme berührt. Die Hintergründe für diese zunehmende Einflussnahme bedürfen jedoch noch der Analyse. Die bisherigen Meinungen reichen vom chinesischen Bedarf an Rohstoffen über das Zurückdrängen Taiwans auf seiner Suche nach internationaler Anerkennung, der Sicherung von Transportwegen bis hin zu sicherheitsstrategischen Maßnahmen, um die USA aus dem West- und Südwestpazifik und damit auch aus einem möglichen Taiwankonflikt und dem rohstoffreichen Südostasien herauszuhalten. Andere sehen angesichts des Ausbaus der chinesischen Hochseeflotte im Pazifik und gemeinsamen Manövern mit der russischen Marine eine Neuaufgabe des europäischen Kalten Krieges in seiner pazifischen Fassung. Eben diese Uneinheitlichkeit in der Analyse liefert die Rechtfertigung für das vorliegende Buch. Zudem bildet die Analyse der chinesischen Ozeanienpolitik und ihre Folgen für die sicherheitspolitische, ökonomische und gesellschaftliche Situation im Pazifik einen wichtigen Baustein im allgemeinen Verständnis chinesischer Außenpolitik.

Die Herausgeber von *China in Oceania*, Terence Wesley-Smith und Edgar Porter, gelten beide als sehr gute Kenner der Materie und haben beide zahlreiche Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex vorzuweisen. Entsprechend überzeugend ist die Auswahl der einzelnen Autoren. Beschäftigen sich die ersten drei der insgesamt acht Kapitel mit dem allgemeinen Phänomen China in Ozeanien, so folgen nach den Übergangskapiteln über *China's Advances in Oceania* und *Japan's Response* von Kobayashi Izumi und *The Overseas Chinese Experience in the Pacific* von Bill Willmott noch sechs weitere Kapitel, die sich mit den Auswirkungen des chinesischen Engagements in einzelnen pazifischen Staaten auseinandersetzen.

Ein entscheidender Vorteil gegenüber anderen Abhandlungen zu diesem Thema besteht in der vorurteilsfreien Analyse, welche die in anderen Publikationen oftmals vertretene Annahme einer chinesischen Bedrohung zumindest abschwächt. Um diesen Ansatz zu stützen, wird zunächst die außenpolitische Geschichte der Volksrepublik China dargestellt. Im Ergebnis, so die Herausgeber

ber, zeigt sich die chinesische Außenpolitik grundsätzlich friedlich sowie unideologisch und pragmatisch, was v.a. mit Pekings Angst vor einer außenpolitischen Isolation einhergeht. Darüber hinaus wird versucht, eben nicht wie z.B. Robert Kaplan aus einem westlichen Blickwinkel zu argumentieren, der sich vor allem Großmachtrivalitäten, Nullsummenspielen u.ä. widmet (10, 35). Etwaigen revisionistischen Ansprüchen wird eine Absage erteilt. China, so eine der späteren Aussagen, unterstütze den Status Quo, aber keinen Revisionismus (54), obgleich es eine globale Multipolarität anstrebt.

Dabei setzt die Volksrepublik aber nicht auf das bloße Muskelspiel, sondern versucht eher, mittels *soft power* zu überzeugen. So setzt Peking zunehmend auf die Teilnahme in multilateralen Institutionen, ebenso wie es strategische Partnerschaften mit verschiedenen Staaten oder Staatengruppen abschließt. Dabei, so die Herausgeber (8), versucht China mögliche Asymmetrien von vornherein nicht zu berücksichtigen, sodass zumindest versucht wird, immer auf Augenhöhe zu kooperieren. Dies lässt die Kooperation mit China im Rahmen einer globalen Süd-Süd-Kooperation ebenso attraktiv erscheinen wie die Tatsache, dass China interne Zustände bei den Kooperationspartnern nicht anzusprechen pflegt, was Vertragsabschlüssen zur Sicherung der chinesischen Rohstoffversorgung entgegenkommt (56).

Damit wird auch die erste Motivation für die chinesische Pazifikpolitik dargestellt, denn im Rahmen guter Beziehungen findet Peking immer Staaten, die China z.B. bei Kritik an seiner Menschenrechtspolitik in Organisationen wie den UN oder der WTO unterstützen (32). Eine weitere gerne angeführte Behauptung besteht darin, dass Pekings Engagement im Pazifik dem Machtvakuum geschuldet ist, das nach dem Abzug der USA und Großbritanniens aus der Region entstanden sei. Dies mag zwar einleuchten, verschweigt aber die Tatsache, dass China für die pazifischen Inselstaaten umso attraktiver wird, je mehr sich »der Westen«, also Australien, die USA und die EU, im Pazifik einmischen. Nahezu alle der dortigen Staaten bedürfen externer Hilfe. Gleichwohl wünschen sie unvoreingenommene Hilfe. Die *Maxime stabilize, privatize and liberalize*, die als Gegenleistung für Hilfe erwartet wird, wird von den Insulanern stark kritisiert. In der Tat muss festgehalten werden, dass derartige Ansätze zumindest den

insularen Kleinststaaten des Pazifiks kaum zu einer nachhaltigen Entwicklung verhelfen haben. China bietet damit eine Alternative zu neoliberalen Ansätzen, die sich beispielsweise im australisch forcierten Umbau der Regionalinstitution Pacific Island Forum zeigen (41, 42). Damit ist die zweite Motivation angesprochen, die in einem alternativen Entwicklungshilfeansatz eines für die pazifischen Staaten vorteilhaften Handel besteht: »There is (...) strong evidence to suggest that the ›Look North (or East)‹ strategy of Pacific Island states is not only underwritten by trade and investment opportunities provided by China, but also by the appeal of China's successful economic development model« (52). Dass in diesem Zusammenhang auch *Oceania matters*, zeigt sich darin, dass die dortigen Inselstaaten nun eine Wahlmöglichkeit besitzen und somit ein größeres Gewicht erlangen können (50), sofern China dies zulässt.

Der Bereich der Wahlmöglichkeiten ist aber nicht nur vor dem Hintergrund der Wahl zwischen den klassischen pazifischen Einflussmächten Australien und den USA auf der einen und China auf der anderen Seite zu sehen, sondern auch vor dem Hintergrund der Exklusion Taiwans aus dem Pazifik, was als dritte Motivation für Chinas Engagement genannt wird.

Die vermehrte Einflussnahme verschiebt schließlich auch die strategische Architektur im Pazifik, was zwar nicht als Chinas Ziel interpretiert wird, wohl aber zu den willkommenen Nebeneffekten für Peking gezählt werden kann.

Die Kooperation ohne Bevormundung, die die Wahlmöglichkeit für die Inselstaaten sowie der Zugang zum großen chinesischen Markt machen die Attraktivität Chinas für den Pazifik aus. Ein Umstand, der von den Autoren im Gegensatz zu anderen Analysen sehr deutlich gemacht wird, besteht im Nutzen von Chinas Pazifikpolitik für die pazifischen Inselstaaten. Das Buch ist in seinen allgemeinen Kapiteln ein Gegenentwurf zu den Negativszenarien anderer Analysen.

Gleichwohl wird zumindest im Ansatz festgehalten, dass Pekings Einfluss ohne Bedingungen auch negative Effekte begründet. Hier wird die geschickte Dramaturgie dieses Sammelbandes deutlich, der in seinen allgemeinen Kapiteln die positiven Effekte und die allgemeinen Gründe für Chinas Engagement im Pazifik darstellt, um dann in den einzelstaatlichen Kapiteln ggf. die Kehrseite der chinesischen Medaille im Pazifik zu beschrei-

ben. Angesichts des Buchtitels (*Oceania*) muss jedoch die Frage erlaubt sein, warum die beiden wichtigsten Staaten in Ozeanien, nämlich Australien und Neuseeland, konsequent ausgeblendet bleiben.

Hinsichtlich der Wahlmöglichkeiten der Inselstaaten werden negative Effekte am Beispiel Fijis von Sandra Tarte, Professorin an der University of the South Pacific, offensichtlich. Fijis Militärregierung nutzt die Beziehungen zu China, um sich dem westlichen Druck zur Demokratisierung zu entziehen. Hier zeigt sich Chinas Einfluss und zugleich auch Chinas Ambivalenz. Solange es Peking zulässt, kann sich Fiji gegen westliche Vorwürfe verwahren und sich China als ein Anwalt der »rights and interests of developing countries« präsentieren – obgleich es als bedeutendes WTO-Mitglied, so Tarte (129), pazifische Forderungen nach Beschränkungen von Liberalisierungen nicht unterstützt. Hier zeigt sich in dem ansonsten stringenten Sammelband ein Widerspruch, dem leider nicht weiter nachgegangen wird.

Ein weiteres Manko besteht darin, dass der Rivalität zwischen China und Taiwan lediglich ansatzweise in Form eines Dokumentenanhangs Rechnung getragen wird. Zum einen ist eben diese Rivalität ein gewichtiger Grund für die Präsenz Chinas im Pazifik und zum anderen destabilisiert die Konkurrenz um staatliche Anerkennung zumindest einzelne Staaten. Zudem hätte man sich im Rahmen eben dieser Konkurrenz weitere Beiträge über die einzelstaatliche Situation in den Marshall Islands sowie in Kiribati gewünscht. In beiden Staaten zeigen sich die Auswirkungen des Konflikts zwischen China und Taiwan.

Völlig ausgeklammert wurden nach den vielversprechenden einleitenden Beiträgen die negativen Auswirkungen der starken chinesischen Nachfrage nach pazifischen Rohstoffen. Während Hank Nelson zwar eindrucksvoll vor allem die Historie und die Rolle der »Chinesen in Papua New Guinea« beschreibt, bleibt das Auftreten chinesischer Firmen beim Rohstoffabbau sowie ihr Anteil an Korruption, Umweltverschmutzung und schlechter Regierungsführung unbeleuchtet.

Trotz dieser Monita bleibt festzuhalten, dass den Autoren dieses Sammelbandes eine relativ aktuelle Analyse des chinesischen Einflusses in Ozeanien gelungen ist. Das zunehmende Interesse Chinas an Ozeanien sollte, und dies ist die oftmals wiederholte Hauptaussage des Buches, vor einem

ökonomischen und weniger vor einem strategischen Hintergrund gesehen werden. Gleichzeitig unterstreichen die Autoren, dass der zunehmende Einfluss Chinas auch durchaus positive Aspekte aufweist, obwohl sich die strategische Balance im Pazifik immer mehr zuungunsten der traditionellen Vormächte USA und Australien verschiebt.

Andreas Holtz

Eric VOEGELIN: Die Natur des Rechts, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Thomas Nawrath, Berlin, Matthes & Seitz 2012, 24,90 €

Helmut Kuhn hat im Leben und Werk von Eric Voegelin (1901–1985) drei Phasen unterschieden: Während die erste Phase die Jahre der Studien und intellektuellen Formation bis zum Jahr der Emigration im Jahre 1938 umfasst und ihren geografischen Schwerpunkt in Europa (Deutschland und v. a. Österreich) hat, erstreckt sich die zweite Phase auf die zwei Jahrzehnte zwischen 1938 und 1958; diese Zeit verbringt Voegelin in den Vereinigten Staaten als Professor für Politikwissenschaft, vorwiegend in Baton Rouge (Louisiana). Die dritte Phase schließlich umfasst den Zeitraum von 1958 bis 1969, in dem Voegelin als Professor an der Universität München wirkt, den ersten Lehrstuhl für Politische Wissenschaften innehat und das später so genannte »Geschwister-Scholl-Institut« mitbegründet und aufbaut. Im Anschluss an seine Emeritierung 1969 ging Voegelin in die USA, um an der Stanford University nahe San Francisco sein literarisches Werk zu vollenden. Der Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Studien fällt in die zweite Phase: Im Jahr 1952 erscheint in den USA die *New Science of Politics*, und 1956/57 veröffentlicht Voegelin die ersten drei Bände seines opus magnum *Order and History* (die beiden abschließenden Bände erschienen 1974 und 1987).

Mitte der 1950-er Jahre, dem Höhepunkt seiner intellektuellen Schaffenskraft, hält Voegelin an der »Law School of Louisiana State University« Vorlesungen zur Philosophie des Rechts, die 1957 unter dem Titel *The Nature of the Law* für Studienzwecke veröffentlicht werden. Die Voegelin bewegende Frage zielt auf das Wesen des Rechts, dem er sich in verschiedenen Anläufen zu nähern versucht. Ausgangspunkt ist dabei die einfache Fest-

stellung, dass das Recht in der Alltagssprache sowohl als »das Recht« (im Singular) als auch in Gestalt einer bunten und durchaus widersprüchlichen Vielzahl von konkreten Rechtsordnungen (im Plural) in Erscheinung tritt, die von den betroffenen Gesellschaften durchaus beachtet und angewandt werden. Zudem unterliegt das Recht in jeder Gesellschaft einem permanenten Wandel, was die Beantwortung der Frage nach dem Wesen des Rechts zusätzlich erschwert. Voegelin differenziert bei seiner Untersuchung zwei fundamentale Funktionen des Rechts: Einerseits wird das Recht von Regierungsorganisationen erlassen und dient der Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung, andererseits aber durchwirkt es zugleich die gesamte gesellschaftliche Existenz der Menschen und konstituiert damit die Substanz der Gesellschaft. Tatsächlich ist die Beziehung zwischen dem Recht und der Gesellschaft derart intensiv, dass es als ein fundamentales Ordnungsprinzip einer jeden Gesellschaft anzusehen ist. Das Recht wurde seit Urzeiten als »ordnende Substanz« (S. 41) verstanden, die die Hierarchie des Seins von Gott über die Welt und die Gesellschaft bis hin zu jedem Einzelnen durchdringt, was in Ausdrücken wie dem ägyptischen *maat*, dem chinesischen *dao*, dem griechischen *nomos* und dem lateinischen *lex* seinen linguistischen Niederschlag gefunden hat.

Im Laufe der Jahrhunderte hat das Verständnis des Rechts erhebliche Veränderungen erfahren: Während Platon und Aristoteles bei ihren rechtstheoretischen Untersuchungen den Akzent auf die Substanz der gesellschaftlichen Ordnung setzten, rückte im Zuge der Entstehung des neuzeitlichen Nationalstaates der Rechtsetzungsprozess selbst ins Zentrum; allerdings war man sich der Tatsache zumeist noch durchaus bewusst, dass durch den Akt der Rechtsetzung auch die Substanz einer gesellschaftlichen Ordnung berührt werde. Die von Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert angestoßene Entwicklung, das Recht auf die Herstellung des innergesellschaftlichen Friedens zu verengen, findet seine Fortsetzung im 19. und 20. Jahrhundert, als der Rechtsetzungsprozess vollständige Autonomie gewinnt und die Frage nach der substanziellen Ordnung der Gesellschaft als irrelevant beiseite gelegt wird. Den Höhepunkt dieser Entwicklung markiert das Werk von Voegelins Doktorvater (!) Hans Kelsen in dessen *Reiner Rechtslehre*, mit der sich Voegelin bereits in den 1920-er Jahren kritisch auseinandergesetzt hatte. Alle potenziel-

len Probleme der substanziellen Ordnung sind hier eliminiert, die bedeutenden politik-philosophischen Fragen nach einer wahren im Gegensatz zu einer unwahren, oder nach einer gerechten im Gegensatz zu einer ungerechten Ordnung sind aus dem Blickwinkel der positivistischen Jurisprudenz verschwunden.

Im Gegenzug zu dieser verkürzten Rechtsauffassung betont Voegelin als für das Recht zentrales Merkmal die Spannung zwischen der substanziellen Ordnung der Gesellschaft auf der einen Seite und dem formalen Rechtssetzungsprozess auf der anderen. Diese beiden analytisch getrennten Sphären wirken de facto aufeinander ein: Der organisierte Rechtsetzungsprozess ist das notwendige »Mittel zur existenziellen Aufrechterhaltung der substanziellen Ordnung« (S. 50) der Gesellschaft, und diese substanzielle Ordnung ihrerseits bildet den Horizont, innerhalb dessen sich der Rechtsetzungsprozess vollzieht. Beide Dimensionen sind miteinander verschränkt, auch wenn die Menschen in der Mitte des 20. Jahrhunderts, in einer kulturellen Umwelt, die »sowohl antireligiös als auch antiphilosophisch« (S. 112) geworden ist, dies nicht mehr wahrhaben wollen.

Voegelin interpretiert das Recht als ein »Ordnungsprojekt«, das vor dem Hintergrund der Spannung zwischen der empirisch vorfindbaren Ordnung und der (intellektuell zugänglichen) wahren Ordnung Forderungen formuliert, die den Weg zu einer Annäherung zu letzterer zu ebnen versuchen. Das im Recht präsente »Sollen« drängt die Menschen über sie hinaus auf jenseits ihrer selbst liegende Bereiche. Dies gilt gleichermaßen für den Einzelnen, den das Recht zu personalem Wachstum anspornt und so zur geistigen Reife bringt, als auch für die Gesellschaft, für die von einzelnen herausragenden Denkern theoretische Modelle besserer Gesellschaftssysteme entwickelt worden sind.

Voegelin gilt als bedeutender Vertreter des »normativ-ontologischen« Ansatzes der Politikwissenschaft (Klaus von Beyme) des 20. Jahrhunderts. In der *Neuen Wissenschaft der Politik*, die sich von den damals herrschenden positivistischen Parametern bewusst absetzte, rückt er die Frage nach dem »Wesen der Rationalität« ins Zentrum, wobei er unter Rationalität die »Anerkennung der Seinsverfassung« versteht. Ausgehend von der ontologischen Prämisse, dass »der Mensch an allen Seinsbereichen, vom anorganischen bis zum geis-

tigen«, teilhat, verwirft er alle davon abweichenden, verkürzenden Interpretationen. Und ebenso, wie Voegelin im Bereich der politischen Philosophie alle theoretischen Modelle ablehnt, die die Wirklichkeit verkürzt wiedergeben, setzt er sich in seiner Rechtsphilosophie entschieden von allen Konstruktionen ab, die das Recht auf ein bloßes »Aggregat von geltenden Regeln« zu reduzieren versuchen. Auf der Basis der kritischen Diskussion der Konzeptionen v. a. von Georg Jellinek, Hans Kelsen und Carl Schmitt greift Voegelin auch im Bereich der Rechtsphilosophie auf theoretische Traditionen zurück, die die Friedensfunktion des

Rechts übersteigen und jenseits der empirischen Ordnungsfunktion des Rechts auch die Dimension der nicht-empirischen Ordnung zur Sprache bringen, die im Recht – abhängig von Zeit und Raum – auch immer enthalten ist. Das Anliegen Voegelins, unter Rückgriff auf die abendländische Tradition den Grund für eine »Neue Wissenschaft« zu legen, ist damit außer im Bereich der Politikwissenschaft auch im Bereich der Geschichtsphilosophie und hier der Rechtsphilosophie verwirklicht.

Harald Bergbauer

Versuch des Föderalismus



Die Realisierbarkeit des Föderalismus in China

Von Jun Yang

2012, 196 S., brosch., 52,– €, ISBN 978-3-8329-7179-3
(Nomos Universitätschriften – Recht, Bd. 761)

China gilt als hochzentralistischer Staat. Die neue Studie stellt diese Einschätzung in Frage. Der Autor untersucht föderale Ansätze in der Vergangenheit und im heutigen China.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14361



Nomos